



MEDIA RELEASE

Sperrfrist: 00:01 Uhr Dienstag 27. November

Kontakt: Wolfgang Müller
Institut für Unternehmerische Freiheit
Email: wolfgang@iuf-berlin.org
Tel: 030- 6920 80030, Fax: 030- 6920 80039

Der Civil Society Report lehnt „Kyoto 2“ ab: „Klimapolitik muß Hindernisse beseitigen, die die Anpassung an den Klimawandel behindern“

Vom 3. – 16. Dezember werden sich in Bali, Indonesien, Regierungsvertreter zu Klimagesprächen treffen. Dort soll über die Einführung eines neuen Abkommens, dem sogenannten „Kyoto 2“ gesprochen werden, das dann von den Unterzeichnerländern eine weitere Reduzierung der Treibhausgase verlangten würde.

Ein neuer Bericht der „*Civil Society Coalition on Climate Change*“ (CSCCC), einer Koalition aus 41 Organisationen aus 33 Ländern, appelliert an die teilnehmenden Regierungen, Forderungen nach einem Kyoto-Nachfolgeabkommen abzulehnen. Stattdessen sei es die bessere Strategie, Hürden abzuschaffen, die die Anpassung an den Klimawandel behindern. Hierzu gehören z.B. Subventionen, Steuern und Reglementierungen, die den technologischen Wandel und das Wirtschaftswachstum behindern.

Der *Civil Society Report on Climate Change* folgert, dass schärfere Emissionsgrenzen kontraproduktiv wären: Sie würden die Wirtschaftsentwicklung schwächen, die Situation der Armen verschlechtern und nicht nennenswert dazu beitragen, die Herausforderungen, die uns der Klimawandel auferlegt zu meistern.

„Davon ausgehend, dass viele Länder bereits heute Probleme haben, die unter Kyoto vereinbarten Emissionskürzungen einzuhalten, könnte ein Kyoto 2 Abkommen verheerende wirtschaftliche und soziale Konsequenzen mit sich bringen.“
sagt Wolfgang Müller vom IUF in Berlin, eine der 41 Organisationen, die diesen Bericht herausgeben.

Der *Civil Society Report* kommt zu dem Ergebnis, dass Anpassung die beste Methode sei und die Menschen befähigt, auf den Klimawandel zu reagieren. Das bedeutet:

- Menschen in die Lage zu versetzen, Technologien zur Prävention von Krankheiten zu nutzen, wie sauberes Trinkwasser, Abwasserentsorgung und Medikamente.
- Einsatz von Technologien wie: Hochwasserschutz, Straßen, stabilere Häuser und Frühwarnsysteme die das Risiko von Trinkwasserverseuchung verringern.
- Politisch motivierte Hürden bei der Nutzung moderner landwirtschaftlicher Technologien beseitigen, und somit die Anpassungsfähigkeit der Menschen an Veränderungen verbessern.
- Abschaffen von Subventionen, Steuern und Regulierungen, die die wirtschaftliche Entwicklung bremsen – da sich die Zahl der Todesfälle bei steigendem Wohlstand und der Nutzung moderner Technologie verringert.

Civil Society Report on Climate Change, Verfasst von der Civil Society Coalition on Climate Change, Veröffentlicht am Dienstag 27 November 2007, ISBN 1-905041-15-2, 100 Seiten.

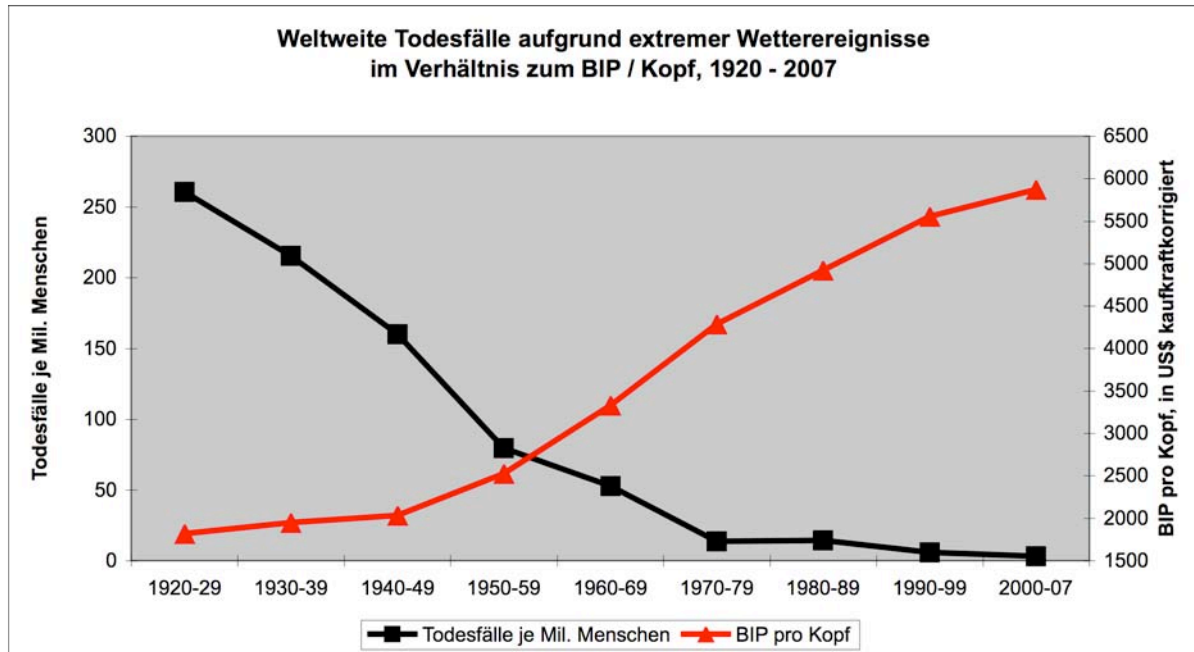
Hinweis für die Redakteure:

Weitere Ergebnisse des *Civil Society Report on Climate Change*:

- Über den Zeitraum des letzten Jahrhunderts haben sich die Todesfälle, die auf wetterbedingten Naturkatastrophen zurückzuführen sind, stark verringert. Hauptfaktoren für diese Entwicklung sind die Steigerung des Wohlstands und die Verbesserungen der Technologie (siehe Grafik unten).
- Die Veränderungen des Klimas spielt für die Mortalitätswirkung von Extremwetterereignissen eine untergeordnete Rolle. Die Anzahl der Todesfälle wird vielmehr von der Nutzung technologischer Anpassungsmaßnahmen wie dem Bau von Häusern, Straßen und Dämmen determiniert.
- Für die Prävalenz ansteckender Krankheiten sind die Ökologie der Wirtstiere und das Verhalten der Menschen die entscheidenden Faktoren und nicht das Klima. Ausschlaggebend für die Verbreitung und die Auswirkungen ansteckender Krankheiten ist zudem die Qualität der Gesundheitsversorgung. Da bereits jetzt funktionierende Strategien vorhanden sind, die unter geeigneten ökonomischen Rahmenbedingungen die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung sicherstellen, ist der extreme Fokus auf indirekte und unsichere Präventionsmaßnahmen durch Klimagasreduktionen nicht gerechtfertigt.
- Aktuelle Prognosen von Klimafolgewirkungen in der Landwirtschaft vernachlässigen die Anpassungskraft der Wirtschaftsakteure. Internationaler Handel und Anpassungen der landwirtschaftlichen Produktion an sich verändernde Umweltbedingungen, d.h. eine internationale Neuorganisation der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitsteilung tragen zur Reduzierung der ökonomischen Schäden des Klimawandels bei. Sofern dieser Anpassungsprozess nicht übermäßig durch politische Restriktionen (Handelshemmnisse, Verteuerung von Rohstoffen) eingeschränkt wird, kann die Versorgung der Menschheit mit Lebensmitteln und anderen landwirtschaftlichen oder forstwirtschaftlichen Produkten auch mit einer steigenden Nachfrage Schritt halten.
- Eine zu einseitige Konzentration der Klimapolitik auf eine Vermeidung von Emissionen verteuert den Energieverbrauch und reduziert dadurch die Anpassungskraft der Volkswirtschaften. Die Förderung überverteuerter Optionen zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen impliziert den Verzicht auf kosteneffiziente Vermeidungsmaßnahmen und schwächt die wirtschaftliche Entwicklung. Dem klimapolitisch induzierten Wachstum von Einkommen und Beschäftigung in einigen Bereichen der Umweltindustrie sind stets entsprechende Verluste durch Preissteigerungen und Kaufkraftrückgang in anderen Sektoren gegen zurechnen. Das Streben nach Beschäftigungsgewinnen durch wirtschaftshemmende Klimaschutzmaßnahmen trägt keinesfalls zur Wohlfahrtssteigerung, sondern lediglich zum Rückgang der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität, der Arbeitseinkommen und damit zu einer höheren Anfälligkeit gegenüber dem Klimawandel bei.
- Entwicklungshilfe wird mittlerweile als Anreiz für arme Länder verwendet, ihre Emissionen zu reduzieren; eine Praxis die ignoriert, dass Entwicklungshilfe oft keine oder gar negative Wirkungen auf die Wohlstandsentwicklung der Empfängerländer hat. Entwicklungshilfe sollte neu ausgerichtet und nicht einfach erhöht werden;

andernfalls könnte mehr „Hilfe“ eher schaden als nutzen.

- Die Anwendung von Handelsbeschränkungen zur Durchsetzung von Emissionsobergrenzen („global cap“) führt in die falsche Richtung, da trotz geringer Wirkung letztlich beide Parteien unter den ökonomischen Konsequenzen leiden würden.



Ende

Für weitere Informationen oder Exemplare des vollständigen Reports kontaktieren Sie bitte:

Institut für Unternehmerische Freiheit
Rosenthaler Str. 40/41
10178 Berlin
Email: info@iuf-berlin.org
Tel: 030-6920 80030, Fax: 030-6920 80039

Hintergrundinformationen

Vom 3.-16. Dezember 2007 werden sich die Parteien der UN Klimarahmenkonvention in Bali, Indonesien treffen. Ziel dieses Treffens ist es über eine Nachfolgereinbarung zum Kyoto-Protokoll zu diskutieren, das 2012 ausläuft.

Über den Report

Civil Society Report on Climate Change

Verfasst von mehreren Autoren

Herausgegeben von der Civil Society Coalition on Climate Change

Veröffentlicht am Dienstag 27. November 2007

ISBN 1-905041-15-2

100 Seiten, Preis GBP 10

Über die Civil Society Coalition on Climate Change (www.cseccc.info)

Die Civil Society Coalition on Climate Change hat sich zum Ziel gesetzt die Öffentlichkeit neutral über den Stand der Wissenschaften zum Klimawandel zu informieren. Die CSCCC wurde gegründet in Reaktion auf die zahlreichen einseitigen und auf sofortiges Handeln abzielenden Behauptungen über einen vom Menschen verursachten Klimawandel; Behauptungen die dazu benutzt werden, um Forderungen nach Interventionen und Reglementierungen zu rechtfertigen.

Die Koalition setzt sich aus 41 unabhängigen Organisationen der Zivilgesellschaft aus 33 Ländern zusammen, hauptsächlich Think Tanks, die sich alle dem Ziel verschrieben haben, das Wissen der Öffentlichkeit über zahlreiche Politikgebiete zu verbessern. Alle Mitglieder der CSCCC sind gemeinnützige Organisationen, unabhängig von politischen Parteien und Regierungen.

www.cseccc.info